

**Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Kein Abschluss ohne Anschluss!**

In der Antwort auf die Motion Mathieu/Weber aus dem Jahre 2004, die fordert, dass auch schulschwache Jugendliche in Ausbildungen mit einem EFZ-Abschluss (Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis) aufzunehmen seien, weist der Gemeinderat auf die Möglichkeit der Anlehren hin. Anlehren erwiesen sich für die Jugendlichen, die sie absolvierten, häufig als Sackgasse, da ein Übertritt in eine berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis nicht möglich war.

Das neue eidgenössische Berufsbildungsgesetz hat nun die „Grundbildungen mit Attest“, welche die Anlehre ersetzen, geschaffen. Wer eine zweijährige Grundbildung mit Berufsattest erfolgreich abschliesst, kann, sofern die Voraussetzungen vorliegen, ins zweite Lehrjahr einer verwandten Lehre mit einem Abschluss mit eidg. Fähigkeitsausweis wechseln. Zielpublikum für diese Attest-Ausbildungen sind vor allem praktisch begabte Jugendliche. Der Vorteil gegenüber den bisherigen Anlehren ist also die Tatsache, dass die Grundbildung mit Attest den Übertritt in die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis ermöglicht.

Die Bemühungen des Gemeinderates, vermehrt solche Grundbildungen mit Attest anzubieten sind begrüssenswert, müssen aber unbedingt intensiviert werden. Mit geeigneten Ausbildungsplätzen, die sich auch an schulisch schwächere Jugendliche richten, kann die Stadt Bern einen positiven Beitrag zur Förderung dieser Zielgruppe leisten. Zusätzlich kann gerade ein Arbeitgeber wie die Stadt Bern es ist, Jugendliche mit einer Attestausbildung gezielt motivieren und fördern, damit sie den Übertritt in eine berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis schaffen.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert,

1. das Angebot von Attestausbildungen gemäss den Möglichkeiten der Stadtverwaltung gezielt auszubauen und in den nächsten 5 Jahren jährlich 5 zusätzliche Ausbildungsplätze mit eidgenössischem Berufsattest innerhalb der Stadtverwaltung, bei den von der Stadt subventionierten Betrieben oder bei den ausgelagerten Betrieben, die sich im Eigentum der Stadt befinden, zu schaffen
2. im Rahmen eines Projekts im Verbund mit den Bildungspartnern (Berufsfachschulen und überbetriebliche Kurse) gezielt Jugendliche in einer Grundbildung mit Attest dahingehend zu fördern, dass sie den Übertritt in die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis schaffen
3. die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für dieses Projekt bereitzustellen
4. über seine Anstrengungen regelmässig in geeigneter Form Bericht (Jahresbericht) zu erstatten.

Bern, 15. März 2007

*Motion Fraktion SP/JUSO* (Corinne Mathieu, SP), Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Thomas Göttin, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Patrizia Mordini, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Sarah Kämpf, Liselotte Lüscher, Christof Berger

### **Antwort des Gemeinderats**

Dem Gemeinderat ist es ein wichtiges Anliegen in der Stadtverwaltung vermehrt Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen. Dieses Anliegen spiegelt sich in konkreten Zahlen wider: Mit einem Sondereffort im Jahr 2006 wurde die Zahl der Lehrstellen von 125 auf 152 erhöht, was einer Zunahme von 22 % entspricht. Dabei wurde darauf geachtet, dass qualitativ gute Lehrstellen auf allen Niveaus angeboten werden können. Aufgrund zweier parlamentarischer Vorstösse, Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Zysset, SP): die Stadt braucht zusätzliche Lehrstellen vom 18. August 2005 und der Interfraktionellen Motion SP/JUSO, GFL/JA!/GPB (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP/Anna Coninx, GFL/Simon Röthlisberger, JA!): Junge brauchen Jobs: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, sah sich der Gemeinderat veranlasst, ein Konzept zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu erstellen. Dieses Konzept trägt dem vorliegenden Vorstoss bereits in wesentlichen Teilen Rechnung.

*Zu Punkt 1:* Im Konzept zur Schaffung von Ausbildungsplätzen (Berufliche Grundbildung und Praktika) in der Stadtverwaltung Bern 2006-2009 werden schulschwache Jugendliche bereits umfassend berücksichtigt. Es ist vorgesehen, dass mit Hilfe von Stütz- und Fördermassnahmen auch schulschwache Jugendliche eine Grundausbildung absolvieren können. Gemäss dem Konzept soll das Angebot an beruflicher Grundausbildung für Berufe, die nicht auf Sekundarschülerinnen und -schüler, sondern auf Realschülerinnen und -schüler ausgerichtet sind, gezielt ausgebaut werden. Konkret werden auch Grundausbildungen mit Attest angeboten und besetzt. Dem Gemeinderat scheint es jedoch wichtig, dass ebenso andere Ausbildungsformen wie Anlehren (solange es sie noch gibt), Vorlehren, Motivationsseminare und dergleichen angeboten werden. Von 152 Lernenden sind zurzeit 11 Personen (7.2 %) in einer Anlehre, Attestausbildung oder in einer Vorlehre angestellt.

Gegenüber subventionierten und ausgelagerten Betrieben kann der Gemeinderat nur eine Empfehlung bezüglich Schaffung der geforderten Ausbildungsplätze machen. Eine Verpflichtung dieser Betriebe ist nicht möglich. Zwei Drittel der subventionierten Betriebe bilden bereits heute Lernende aus. Beim verbleibenden Drittel sind die Voraussetzungen zur Ausbildung junger Erwachsener nicht oder nur teilweise gegeben. Die Stadtverwaltung bietet hier ihre Unterstützung zur Bildung von Lehrbetriebsverbänden an.

Zusammenfassend erachtet der Gemeinderat Punkt 1 der Motion als erfüllt. Sollte die Entwicklung der Lehrstellen in den nächsten Jahren nicht wie vorgesehen ausfallen, müssten entsprechende Massnahmen ausgelöst werden. Bei allen Bemühungen zur Förderung schulschwacher Jugendlicher ist zu berücksichtigen, dass die subventionierten Betriebe und die Stadtverwaltung unter starkem finanziellem Druck stehen.

*Zu Punkt 2 und 3:* Die Umwandlung von Anlehren in Attest Ausbildungen mit eidgenössischer Anerkennung wird vom Bund, dem Kanton und der Stadt Bern gefördert und unterstützt. Die Förderung von Lernenden mit einer Attestausbildung in Richtung Fähigkeitszeugnis ist ein Ziel der Attestausbildungen und wird sowohl von den Berufsschulen als auch von den Berufsbildnerinnen und -bildnern der Stadt Bern unterstützt.

In der Stadtverwaltung absolviert per August 2007 eine Lernende, welche vorher erfolgreich die Attestausbildung zur Büropraktikerin abgeschlossen hat, die Grundausbildung zur Kauf-frau mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis.

Die Berufsbildungsbeauftragten der Stadt unterstützen Lernende mit besonderem Förderbedarf. Das Konzept zur Schaffung von Ausbildungsplätzen sieht vor, Jugendliche mit Stütz- und Förderunterricht in der Grundausbildung zu fördern oder für einen Wechsel in einen höheren Lehrabschluss vorzubereiten. Demzufolge können Lernende in einer Attestausbildung dieses Angebot auch nutzen. Bei Bedarf können Lerngruppen gebildet werden, die unterstützt und begleitet werden.

Im März 2006 lancierte das Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit dem Verband Arbeit statt Fürsorge und dem Verein für Arbeitsbeschaffung das Projekt inizio mit dem Auftrag, neue Attestlehrstellen zu schaffen und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Bern zu vermitteln. Das Projekt wird vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie sowie durch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und das SECO mitfinanziert. Allein im Jahr 2007 konnten 37 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Der Gemeinderat ist überzeugt, in der Stadtverwaltung Massnahmen getroffen zu haben, die dem Anliegen der Motion gerecht werden. Es kann jedoch nicht Aufgabe der Stadt sein neben den bestehenden Berufsbildungsgremien ein zusätzliches Projekt über die Stadt hinaus auszulösen. Auch aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt sieht der Gemeinderat keine Möglichkeiten, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu schaffen. Der Gemeinderat wird jedoch dafür besorgt sein, dass die Anliegen bezüglich Förderung von Attestlernenden für einen Wechsel in die Grundausbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis von Seiten der Stadt in den entsprechenden Gremien Unterstützung erfahren und eine Mitarbeit gewährleistet werden kann.

*Zu Punkt 4:* Im Jahresbericht der Stadt Bern, Band 3 Statistik, führt die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (Personalamt) seit dem Jahr 2006 detailliert die Anzahl der Lernenden und durchgeführten Praktika auf (vgl. Jahresbericht 2006 der Stadt Bern, Band 3 Statistik, Tabelle X, Seite 245). In dieser tabellarischen Darstellung erscheinen auch Vorlehren, Anlehren und Attest Ausbildungsplätze. Mittels Vergleich zu den Vorjahreszahlen sind die durch den Gemeinderat unternommenen Anstrengungen direkt ersichtlich.

### **Antrag**

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 5. September 2007

Der Gemeinderat